

SCHWEIZER FREISINN

Kantone/Ortsparteien Interview	3-5 7	Energiepolitik Delegiertenversammlung	9 10/11	Unter Freisinnigen Wahlen	16 17-19	Jungfreisinnige FDP-Frauen	20 21
-----------------------------------	----------	------------------------------------------	------------	------------------------------	-------------	-------------------------------	----------

33. Jahrgang / Erscheint sechsmal jährlich / Offizielles Organ der FDP. Die Liberalen

Inhalt

FDP-Wahlkampf film

Unternehmer Kurt Isenschmid repräsentiert die FDP, wie sie ist: Verantwortungsvoll und mit Mut zu Reformen. Deshalb ist er einer der Darsteller im neuen Wahlkampf film. Lesen Sie, wie er zur Politik gekommen ist, warum er sich in der FDP engagiert und was er sich für die Zukunft wünscht.

[Seite 7](#)

FD Ptv

Die FDP in Ton und Bild? Die Positionen in kurzen und prägnanten Aussagen? FD Ptv macht es möglich! Lesen Sie alles über den neuen Service, die aktuellen sowie die geplanten Aktionen.

[Seite 8](#)

Bundesrat Didier Burkhalter zum Wahlkampf slogan

«Aus Liebe zur Schweiz» – dies ist unser Wahlkampf slogan, welcher bereits von zahlreichen Mandatsträgern und Mitgliedern weiterverbreitet wird. So auch von unseren Bundesräten. Lesen Sie, was Didier Burkhalter zum neuen Slogan meint und was er ihm bedeutet.

[Seite 16](#)

Energiepolitik

Neue Lagebeurteilung

Die FDP ist tief betroffen von der Tragödie in Japan – für sie ist klar, dass nicht zum Courant normal übergegangen werden darf und die Zukunft der Energieversorgung geprüft werden muss. Bei jeder Variante gibt es Chancen

und Risiken, diese müssen nun abgewogen werden. Die Partei hat deshalb einen Prozess eingeleitet, an welchem sich Mandatsträger, Experten und Parteimitglieder – kurz: die ganze Partei beteiligen soll.

Lesen Sie zu diesem Thema ein Interview mit Parteipräsident Fulvio Pelli sowie die Erläuterungen zur eingereichten Fraktions-Interpellation von Filippo Leutenegger.

[Seite 9](#)



Mut statt Wut

Dr. Kurt Weigelt,
Direktor IHK St. Gallen-Appenzell

Verglichen mit unseren Nachbarstaaten hat die Schweiz den globalen Strukturwandel wirtschaftlich und politisch gut bewältigt. Dies nicht zuletzt dank den Möglichkeiten der direkten Demokratie. Bei uns entscheidet das Volk an der Urne und nicht bei Strassenkrawallen über den Bau eines Eisenbahntunnels oder die Anpassung des Rentenalters. Trotzdem werden auch unsere politischen Auseinandersetzungen zunehmend durch das Gefühl der Verunsicherung und der Wut geprägt. Exemplarisch dafür das Abstimmungswochenende vom 28. November des vergangenen Jahres. Mit den kriminellen Ausländern und den Superreichen bewirtschafteten die Ausschaffungsinitiative der SVP und die Steuergerechtigkeitsinitiative der SP Feindbilder, die gemessen an den globalen Herausforderungen nicht durch ihre gesellschaftliche Relevanz, sondern einzig durch ihre Medientauglichkeit auffielen. Auch für die direkte Demokratie gilt, dass sich Emotionen wie Neid, Missgunst oder Angst einfacher kommunizieren und wütende Bürger einfacher mobilisieren lassen. Nur, eine Politik der Symbole und die Suche nach Sündenböcken befriedigt die Gefühle, löst aber keine Probleme. Und exakt hier liegt die Herausforderung. Verantwortungsvolles Handeln lebt nicht von der Wut auf Veränderungen, sondern vom Mut, sich diesen Veränderungen zu stellen und Lösungen für die Zukunft zu finden. Es gilt: Mut statt Wut. Und dies in dreifacher Hinsicht. Gefordert ist unser Mut zu einer konsequenten Ordnungspolitik, zur Langfristigkeit, und es braucht unseren ganzen Mut, Nein zu sagen.

Mut zur Ordnungspolitik

Eine liberale Ordnungspolitik macht die Freiheit des Einzelnen zum Ausgangspunkt aller staatlichen Massnahmen. Als allgemeine Regel ist dies schnell gesagt. Anspruchsvoller wird es, wenn die Grundregeln einer freiheitlichen Wirtschaftsverfassung nicht



Dr. Kurt Weigelt

nur von links, sondern von der Wirtschaft selbst in Frage gestellt werden. Dazu gehören Forderungen nach staatlichen Interventionen, weil einzelne Unternehmen «too big to fail», private Veranstalter in Kultur und Sport «to important to fail» oder durch den Strukturwandel herausgeforderte Branchen «to established to fail» sind. In all diesen Fällen ist Widerspruch angesagt. Eine glaubwürdige Ordnungspolitik darf nicht vor der eigenen Haustüre Halt machen.

Mut zur Langfristigkeit

Das traditionelle Koordinatensystem der Schweizer Politik hat an Relevanz verloren. Überlagert wird der Verlust an langfristiger Orientierung durch die Bedürfnisse des politischen Marketings. Im Kampf um die Headline in der Sonntagspresse interessiert der politische Knalleffekt stärker als das eigene Parteiprogramm. Matchentscheidend ist nicht die gesellschaftliche Bedeutung eines Anliegens, sondern das kurzfristige Mobilisierungspotential. Mit dem Schlagwort Rentenklau und dem Feindbild Abzocker lässt sich eine Abstimmung über den BVG-Umwandlungssatz, nicht aber eine Zukunft in Selbstbestimmung und Selbstverantwortung gewinnen. Eine verantwortungsvolle Politik bringt den Mut auf, populistischen Forderungen entgegenzutreten.

Mut, Nein zu sagen

Auch in der politischen Auseinandersetzung geht es letztlich nicht um schöne Worte, sondern um Franken und Rappen. Der Kampf um finanzielle Privilegien gehört ebenso zur Demokratie wie die Wahl in politische Ämter. Die professionelle Anspruchsbewirtschaftung ist die Königsdisziplin einer auf Umverteilung fokussierten Politik. Geschenke erhalten nicht nur im privaten, sondern auch im öffentlichen Leben die Freundschaft. Hier einige Millionen für die Milchbauern, dort eine Subvention für ein alternatives Kino und für alle die Garantie eines Poststellennetzes aus dem

19. Jahrhundert. Es braucht daher unseren Mut, zu dieser Anspruchshaltung statt «Yes, we can!» zu sagen: «No, we don't».

Mut statt Wut

Jedes politische Engagement bewegt sich im Spannungsfeld von kurzfristigen Interessen und langfristig angelegter Politik. Für die verschiedenen Akteure der politischen Willensbildung gelten dabei unterschiedliche Prioritäten. Politische Parteien, die sich über Wahlerfolge definieren, werden die kurzfristige Optik stärker gewichtet. Interessenverbände dagegen versuchen, die langfristige gesellschaftliche Entwicklung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Für alle Beteiligten gilt jedoch, dass eine zukunftsfähige Politik nicht negative Emotionen wie Wut, Angst und Neid bewirtschaftet, sondern sich der inhaltlichen Auseinandersetzung stellt. «Wo der Verstand aufhört, beginnt die Wut», so der Dalai Lama. Politik mit Verstand heisst: Mut statt Wut.

Gemeinsam sind wir stark

Die Genfer Liberalen und Freisinnigen fusionieren

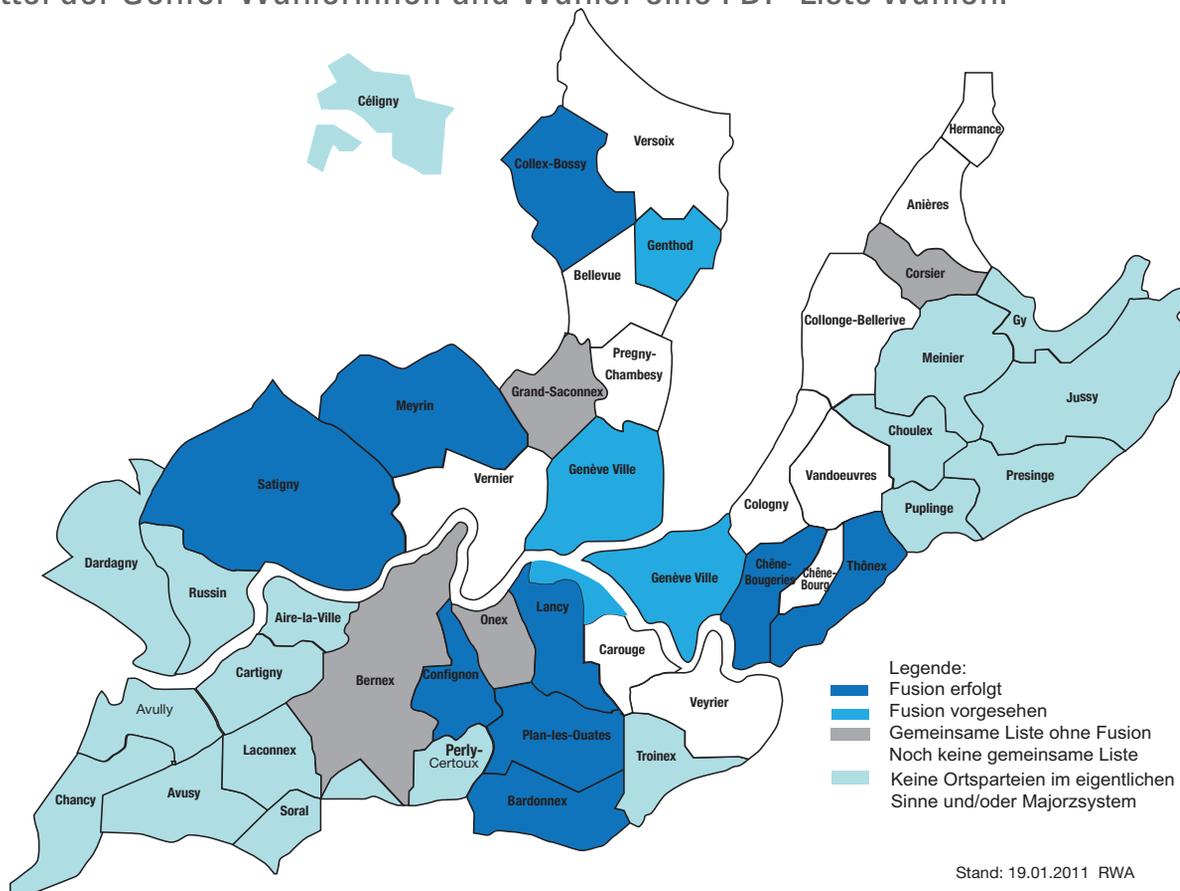
Am 13. Mai wird die *FDP.Die Liberalen Genf* gegründet. Bereits am 13. März, an den Kommunalwahlen, konnten zwei Drittel der Genfer Wählerinnen und Wähler eine FDP-Liste wählen.

Wie beim nationalen Vorbild waren es auch in Genf die Jungparteien, welche den Weg aufgezeigt haben. Bereits am Freitag, 22. Januar 2010, haben die Jungfreisinnigen und Jungliberalen des Kantons Genf den Schritt gewagt und ihre beiden Vereine aufgelöst, um damit einen gemeinsamen Verein unter dem Namen «jeunes libéraux-radicaux genevois» zu gründen.

Ermutigt durch den Sitzgewinn in der Genfer Regierung mit Isabel Rochat, welche neu an der Seite von Mark Müller und François Longchamp die FDP vertritt, haben die Versammlungen der beiden Mutterparteien die Verlobung grossmehrheitlich gutgeheissen (die LPS mit 80 Prozent Ja-Stimmen und die FDP mit 81 Prozent Ja-Stimmen). Somit konnte das entsprechende Komitee die nötigen Schritte einleiten.

Diese Arbeit hat ihre Früchte getragen. Anlässlich der Kommunalwahlen vom 13. März konnten bereits mehr als zwei Drittel der Genfer Wählerinnen und Wähler die gemeinsame Liste der FDP wählen, wie die Karte beweist (siehe nebenstehende Resultate).

Nach der Verlobung folgt die Hochzeit. Das Verfahren neigt sich seinem Ende zu, am 13. Mai wird die Fusion vollendet. Ab diesem Datum werden



die Liberalen und die Freisinnigen mit gemeinsamer Kraft für ein dynamisches Genf entstehen, welches Wohnraum, Mobilität und Ausbildungsplätze schafft sowie Sicherheit gewährleistet.

An den nationalen Wahlen werden sich die Freisinnigen und die Liberalen den Wählerinnen und Wählern mit einer gemeinsamen Liste *FDP.Die Liberalen Genf* präsentieren. Gute Nachrichten kommen selten allein:

Die Waadtländer folgen diesem Beispiel und haben ebenfalls ihre definitive Fusion für das Jahr 2012 – die Parteien der grossen Städte im Kanton haben bereits fusioniert – bekannt gegeben.

Wahlen im Kanton Waadt

FDP bleibt stärkste Kraft und konnte Exekutiv-Mandate gewinnen

Positive Ergebnisse konnten im Kanton Waadt an den kommunalen Wahlen dank der Fusion erzielt werden. Die FDP gewann mehrere Gemeinderatssitze (Legislative) in den grossen und mittleren Städten: Lausanne (+1), Montreux (+2) und Aigle (+5). Die grössten Überraschungen gab es in der Exekutive. Denn auch wenn es die ver-

einigte Linke geschafft hat, Sitze zu gewinnen, konnte sich die FDP behaupten. In den grossen Städten Yverdon, Montreux, La Tour-de-Peilz und Pully wird es eine Stichwahl geben, und die FDP konnte drei oder vier Kandidaten/innen auf den ersten Plätzen positionieren. Dieses Ergebnis ist besonders erfreulich in Yverdon, denn

dies ist die zweitgrösste Stadt des Kantons, und die FDP konnte sich vor den Grünen und der SP positionieren. In Lausanne sowie auch in den anderen Städten gab es keine Veränderung. Leider war die Genfer FDP am selben Wochenende nicht so erfolgreich. Auch wenn die Partei weiterhin die grösste im Kanton ist, musste sie den-

noch Federn lassen, vor allem in der Stadt Genf, wo 5 Sitze verloren gingen. Dies nicht aufgrund der Fusion, aber es wird deutlich, wie erfolgreich die MCG (Mouvement citoyen genevois) war, welche Sitze auf der rechten wie auch auf der linken Seite erobern konnte und 11 zusätzliche gewinnen konnte.

FDP.Die Liberalen Graubünden will in den Ständerat

**Silvio Zuccolini, Pressechef
FDP.Die Liberalen Graubünden**

Seit dem Jahre 1935, also nach 76 Jahren, damals war der Davoser Andreas Laely der letzte Bündner FDP-Ständerat, will die Bündner FDP wieder ins Stöckli.

An einer persönlich einberufenen Pressekonferenz in Chur gab Regierungspräsident und Finanzdirektor Martin Schmid bekannt, dass er als Kandidat für den Ständerat zur Verfügung stehe.

Nachdem die beiden bisherigen Ständeräte nicht mehr kandidieren, ist eine Vakanz entstanden. Dies hat für Martin Schmid den Ausschlag gegeben, sich mit der Frage einer Ständeratskandidatur auseinanderzusetzen. Dazu kommt, dass er in seiner letzten Amtsperiode, das heisst bis 2014, als Regierungsrat ist und dann infolge Amtszeitbeschränkung aus der Regierung ausscheiden wird.



Martin Schmid

Auf Grund seiner langjährigen Polit- und Regierungserfahrung und seiner Kenntnisse der bündnerischen wie auch der nationalen Gremien ist er in der Lage, den Kanton Graubünden in Bern bestens zu vertreten. Ausserdem bereitet ihm die Politik nach wie vor Freude.

Aus all diesen und weiteren Gründen hat er sich nun entschlossen, seine Kandidatur als Ständerat bekannt zu geben und öffentlich anzukündigen. Martin Schmid weist darauf hin, dass er bei einer allfälligen Wahl gemäss Verfassung das Amt als Regierungsrat aufgeben müsste. Zu welchem Zeitpunkt das erfolgen würde, sei noch offen.

FDP.Die Liberalen Graubünden wird am 18. Mai 2011 an einer Delegiertenversammlung in Anwesenheit von Bundesrat Didier Burkhalter, zusammen mit den Nominierungen für die Nationalratswahlen, die Nominierung von Martin Schmid zweifellos vornehmen.

Die Bündner Freisinnigen sind hoch erfreut über die Zusage von Martin Schmid, als Ständerat zu kandidieren.

FDP.Die Liberalen Graubünden ist hoch erfreut, dass sich Regierungspräsident und Finanzdirektor Martin

Schmid für eine Ständeratskandidatur zur Verfügung stellt. Er ist ein ausgewiesener, erfahrener und volksnaher Politiker, der zusammen mit alt Regierungsrat Stefan Engler ein ideales Team zur Vertretung der Interessen des Kantons Graubünden und seiner Bevölkerung in Bern bilden würde.

Nächste kantonale Wahlen

- BL:** 27. März, Regierungs- und Kantonsratswahlen
- ZH:** 3. April, Regierungs- und Kantonsratswahlen
- AR:** 3. April, Kantonsratswahlen
- LU:** 10. April, Regierungs- und Kantonsratswahlen
- TI:** 10. April, Regierungs- und Kantonsratswahlen

**Hopp FDP –
aus Liebe zur Schweiz**

FDP.Die Liberalen Graubünden im Jahre 2010 zum dritten Mal in Folge Wahlsiegerin

Die erfolgreichste FDP-Kantonalpartei

Bei den vergangenen Kreiswahlen (Grossratswahlen) ging die FDP.Die Liberalen Graubünden ein weiteres Mal als Wahlsiegerin hervor. Dieser Vertrauensbeweis ist das Resultat einer über mehrere Jahre hinweg geführten bürgerlich-liberalen Politik der FDP, das sich schon damals beim Wahlsieg bei den Kreiswahlen 2006 und dem klaren Sieg bei den Nationalratswahlen 2007 abzeichnete. Der eingeschlagene Kurs der Bündner FDP-Kantonalpartei wurde mit dem Glanzresultat des Finanzdirektors Martin Schmid, wie auch dem klaren Wahlsieg bei den Grossratswahlen, ein weiteres Mal bestätigt. Regierungsrat Martin Schmid wurde mit Abstand auf den ersten Platz für seine letzte Amtsperiode wiedergewählt.

Die Fraktion stellt nun neu mit 40



Standespräsident Christian Rathgeb und Regierungsrat Martin Schmid freuen sich über den Wahlerfolg ihrer Partei. (BILD: SILVIO ZUCCOLINI)

Mitgliedern die grösste Fraktion im Grossen Rat des Kantons Graubünden. Der Zuwachs beträgt sieben Mandate.

Eine Mitgliederzahl, die es seit den dreissiger Jahren der Bündner FDP nie mehr gegeben hat. Auch bei den Stell-

vertreterwahlen in den Grossen Rat war die FDP erfolgreich.

Somit hatte die FDP.Die Liberalen Graubünden ihr gestecktes Wahlziel, nämlich dass ihr Regierungsrat Martin Schmid mit einem sehr guten Resultat wiedergewählt werde, und dass sie grösste Fraktion werden wolle, mehr als erfüllt. Diese Wahlerfolge verdienen Anerkennung.

Sie betrachtet den Wahlsieg 2010 auch als Auftrag für die weitere Arbeit, die sie auch weiterhin im Interesse des Kantons Graubünden weiterführen will. So hofft sie, dass sie auch bei den Ständeratswahlen und den kommenden Nationalratswahlen im Oktober mit einer starken Liste, angeführt vom bisherigen Nationalrat Tarzisius Caviezel, wiederum an die Erfolge vergangener Jahre anschliessen kann.



Wir von den Freisinnigen Rapperswil-Jona gestalten das Leben in unserer Stadt seit über 100 Jahren verantwortlich mit. Wenn auch Ihnen eine offene Gesellschaft mit einem effizienten Staat am Herzen liegt, der uns Bürgern Raum zur Entfaltung lässt, melden Sie sich bei uns!

info@fdprj.ch / www.fdprj.ch

Name Vorname

Strasse / Nr. PLZ / Ort

Tel. E-Mail

Datum Unterschrift

..... Ich wünsche Mitglied der FDP Rapperswil-Jona zu werden. (Mitgliederbeitrag Einzelperson Fr. 100.- / Paar Fr. 150.- / bis 25 Jahre Fr. 50.-)

..... Ich möchte mehr über die FDP erfahren. Senden Sie mir Unterlagen.

..... Ich würde mich über eine unverbindliche Kontaktaufnahme freuen.

Nicht frankieren
Ne pas affranchir
Non affrancare

Geschäftsantwortsendung Invio commerciale-risposta
Envoi commercial-réponse

FDP Rapperswil-Jona
Postfach 2113
8645 Jona

Sag's mit einer Postkarte

Für die FDP Rapperswil-Jona sind Neuzuzüger eine wichtige Zielgruppe. Mit einem speziellen Flyer, bestehend aus verschiedenen Postkarten, versucht sie diese Zielgruppe anzusprechen.

Jährlich ziehen rund 1000 Personen neu nach Rapperswil-Jona – alles potenzielle Freisinnige. Viele sind zwischen 20 und 35 Jahre alt und erwerbstätig. Gerade wenn sie bereits an ihrem alten Wohnort politisch aktiv waren, kann ein kleiner Anstoss genügen, dass sie sich bei einer Ortspartei in Rapperswil-Jona melden.

Flyer für Neuzuzüger

Die FDP Rapperswil-Jona schickt deshalb einen Flyer an eine Auswahl von Neuzuzüger, deren Adressen sie mo-

natlich in gedruckter Form von der Stadt zur Verfügung gestellt erhält. Zudem ist die Partei persönlich und mit ihrem Flyer am jährlich von der Stadt organisierten «Neuzuzüger-Zmorge» präsent. Die Rückmeldungen auf diese Aktionen waren allerdings bisher sehr bescheiden.

Zielgruppengerechte Gestaltung

In Zusammenarbeit mit dem Grafiker Stefan Jandl und dem Fotografen Sebastian Stadler haben junge Vorstandsmitglieder der FDP Rapperswil-Jona

das inhaltliche und gestalterische Konzept des Flyers von Grund auf neu überarbeitet und auf die Zielgruppe ausgerichtet. Der neue Flyer besteht nun aus mehreren Postkarten zu lokalpolitischen Themen mit Testimonials von Parteimitgliedern, einer Karte mit den Amtsträgern und einer Antwortkarte, alle zusammengehalten von einer blauen Banderole. Wie es sich für Postkarten gehört, sind die Bilder auf der Vorderseite ästhetisch ansprechend und haben, zumindest für Einheimische, einen Wiedererkennungseffekt. Zudem

hängen sie jeweils thematisch mit dem Inhalt der Rückseite zusammen.

Modularer Aufbau

Der neue Flyer fällt auf und ist durch seinen modularen Aufbau flexibel einsetzbar, dafür ist er in Herstellung und Handling aufwändig. Ob sich dieser zusätzliche Aufwand lohnt, wird sich erst noch zeigen müssen. Die FDP Rapperswil-Jona ist aber überzeugt, dass die Ortsparteien wenn immer möglich Präsenz zeigen müssen, um neue Mitglieder gewinnen zu können.



Verkehr

„Als Student bin auch ich auf den ÖV angewiesen. Ich wünsche mir ein Netz, das nicht nur die verschiedenen Teile der Stadt miteinander verbindet, sondern auch Gewerbe- und Industriegebiete mit dem Zentrum verknüpft. Dadurch entlasten wir die Innenstadt, stärken die Standortattraktivität für die Wirtschaft und erhöhen die Lebensqualität in weniger zentral gelegenen Quartieren. Wir sollten dabei aber den ÖV nicht gegen den Individualverkehr ausspielen.“

Rolf Dürr
Student

#4

FDP Die Liberalen PLR Les Libéraux-Radicaux PLR Libéraux

info@fdprj.ch / www.fdprj.ch

Schweiz bekommt ein Patentgericht

Nachdem das Parlament am 20. März 2009 über das Bundespatentgericht-Gesetz (PatGG) abgestimmt hatte und die administrativen Bestimmungen dieses Gesetzes am 1. März 2010 in Kraft gesetzt wurden, wurde mit dem Bundespatentgericht (BPatGer) ein neues Amt geschaffen. Die FDP/Die Liberalen ist mit Tobias Bremi, einem der neu gewählten Richter, am BPatGer vertreten. Wir nahmen dies als Anlass, dem Neugewählten auf den Zahn zu fühlen und wollten wissen, welche Herausforderungen er in diesem Arbeitsfeld sieht und was der neue Slogan «Aus Liebe zur Schweiz» für ihn heisst.

1. Was sind die Herausforderungen des BPatGer?

Für patentrechtliche Prozesse (zum Beispiel Patentverletzungsklagen) ist in der Schweiz im Moment pro Kanton ein Gericht zuständig, d. h. in der Schweiz sind dies 26 verschiedene Gerichte. Patentrechtliche Streitigkeiten sind technisch und juristisch



hoch komplex, und die meisten dieser kantonalen Gerichte sind in dieser Materie weder erfahren, noch verfügen sie über Richter mit technischer Ausbildung. Dies führt dazu, dass die Verfahren übermässig lang dauern und die Rechtsprechung uneinheitlich ist, u. a. weil Experten zugezogen werden. Dies in einem Land, das, nach Patentanmeldungen pro Einwohner bemessen, bekanntermassen eines der innovationsaktivsten Länder der Welt ist!

Das Parlament hat sich angesichts dessen und angesichts der volkswirt-

schaftlichen Wichtigkeit des Patentwesens mit dem BPatGer für eine bundesweite Konzentration der patentrechtlichen Streitigkeiten in erster Instanz entschieden mit direkter Beschwerde ans Bundesgericht.

Die Herausforderungen beim im Moment erfolgenden Aufbau und dann beim Betrieb des BPatGer werden es sein, dem parlamentarischen Auftrag gerecht zu werden, d. h. das erste bundesweite Zivilgericht erster Instanz aufzubauen mit einem schnellen Verfahren und mit hoher Qualität und Vorhersehbarkeit. Dabei soll diese

schnelle Rechtssicherheit in einer schlanken Struktur mit nur zwei Richtern im Hauptamt respektive Halbamt und einer grossen Zahl von fallspezifisch hinzugezogenen Fachrichtern ermöglicht werden, was auch organisatorisch eine Herausforderung ist.

2. Wie stehen Sie zum neuen Slogan «Aus Liebe zur Schweiz»? Was bedeutet er für Sie?

Das ist meines Erachtens eine gelungene Positionierung der FDP. Ich verstehe dies als prägnante Formel, um klarzustellen, dass wir uns den die Schweiz ausmachenden Werten verpflichtet fühlen und diese mit persönlichem Einsatz weitertragen wollen. Dabei aber eben nicht im rein konservativen, protektionistisch bewahrenden Sinne, sondern in einem freisinnigen, Veränderungen zulassenden und damit zukunftsgerichteten Geist. Der Slogan trifft in gewissem Sinne auch auf meine persönliche Entscheidung zu, mich für das BPatGer zur Verfügung zu stellen.

FDP-Fraktionsseminar 2011 in Bellinzona

Bürokratiestopp: Parlament muss Verantwortung übernehmen

Wer ist verantwortlich für die bürokratischen Auswüchse in der Schweiz? Die Verwaltung? Der Bundesrat? Die Bundesversammlung? Die Tatsache ist, dass jeder eine gewisse Verantwortung trägt.

Die FDP-Liberale Fraktion hat an ihrem Seminar klargestellt, dass auch das Parlament in dieser Frage Verantwortung übernehmen muss.

Die Prozesse, welche zu neuen Gesetzen oder Verordnungen führen, sind kompliziert. Das Parlament, ob in Kommissionssitzungen oder im Plenum, hat hier einen grossen Handlungsspielraum und beeinflusst die Bürokratie für die Bürger und die Unternehmen direkt.

Das Parlament hat beispielsweise einen Einfluss auf die übermässige Bürokratie, indem es die Anzahl der Vorstösse limitiert.

Die schlechte Angewohnheit, einen Vorstoss einzureichen, bevor nachgedacht wird, ob das Problem auch auf eine andere Art gelöst werden könnte, ist sehr präsent bei den Parlamentariern. Jeder Vorstoss beschäftigt mehrere Verwaltungsangestellte, welche eine Antwort ausarbeiten müssen und zu dem der Bundesrat Stellung beziehen muss.

Die Kosten pro Vorstoss wurden auf durchschnittlich 6000 Franken berechnet. Die tatsächliche Auswirkung der Vorstösse steht oft im umgekehrten Verhältnis zu der Anzahl der eingereichten Vorstösse. So hat beispielsweise seit dem Beginn der Legislatur 2007–2011 Josef Zisyadis bereits 116 Vorstösse eingereicht, während zwei der einflussreichsten Parlamentarier, Fulvio Pelli und Martine Brunschwig Graf, erst 3 bzw. 4 eingereicht haben.

Das Parlament ist auch mitverantwortlich, wenn es beschliesst ein Gesetz zu erlassen, das unnötig ist, d. h. Parallelen zu den Bestimmungen auf kantonaler oder kommunaler Ebene aufweist.

Neue Gesetze werden geschaffen, um die Erwartungen von nur einem Teil der Bevölkerung zu erfüllen. Das Paradebeispiel dafür ist das Hundegesetz. Nach einem tragischen Unglück im Kanton Zürich mit grossem Medienecho wurde ein Gesetz über gefährliche Hunde erlassen. Bürokratie zum Ersten: Es werden Gesetze sowohl auf Bundesebene wie auch in den Kantonen erlassen.

Bürokratie zum Zweiten: Die fehlende kantonale Harmonisierung führt zu juristischer Unschärfe.

Aufgrund stundenlanger Debatten und ausführlicher Gesetzestexte wer-

den die Hunde nicht aufhören zu beißen. Das Parlament kann die Unsitte, für jedes Problem ein neues Gesetz zu schaffen, bekämpfen und so die Regulierungsdichte senken.

Das Parlament muss sich auch mit der «Verordnungsbürokratie» beschäftigen. Tatsächlich: Die Umsetzung der durch das Parlament verabschiedeten Gesetze durch die Verwaltung ist eine Bürokratiefalle. Das Parlament ist nicht zuständig für die Ausarbeitung der Verordnungen, aber es muss den Handlungsspielraum vorgeben und bereits bei den Beratungen in den Kommissionen die Diskussion in eine entsprechende Richtung lenken.

Es muss vermieden werden, dass sich die Verwaltung und der Bundesrat mit bürokratischen Aufträgen beschäftigen, die grundsätzlich vom Gesetzgeber nicht so vorgesehen waren.

«Die FDP ist meine Partei, weil ich mich als Unternehmer gut vertreten fühle»

Kurt Isenschmid repräsentiert als engagierter Ortsparteipräsident und Unternehmer die FDP, wie sie wirklich ist. Er ist deshalb Bestandteil des FDP-Wahlkampfes, welcher zeigt, dass die FDP diejenige Partei ist, welche nach echten Lösungen sucht – **aus Liebe zur Schweiz.**

Wie ist Ihr Werdegang?

Kurt Isenschmid: Ich habe nach der obligatorischen Schulzeit die Lehre als Metallbauer in Bern absolviert und dann in Basel die Meisterschule mit dem Metallbaumeister und Metallbautechniker abgeschlossen. Mein Vater, der den Betrieb in zweiter Generation leitete, wollte etwas kürzertreten, da war ich ihm als frischgebackener Meister sehr willkommen ...

Was ist Ihre Motivation, sich in der Politik zu engagieren, und wie sind Sie dazu gekommen?

Ich war im Gewerbeverein aktiv und wurde damals angefragt, ob ich nicht bei den Kantonsratswahlen auf der Liste vertreten sein möchte. Ich rechnete nicht mit der Wahl, was sich als falsch herausstellte, die Küssnachter wählten mich im ersten Anlauf. Da war ich natürlich motiviert, auch meinen Beitrag zu leisten. Nach 8 Jahren im Amt machte ich jüngeren Kräften Platz. Als Altkantonsrat blieb ich dann weiterhin aktiv als Gewerbevertreter und Unternehmer bei der Ortspartei und als Vorstand im kantonalen Gewerbeverband.



Sie haben ein Unternehmen mit ca. 30 Mitarbeitenden, wie finden Sie da Zeit für die Politik?

Wenn man will, findet man Zeit, so einfach ist das!

Was bedeutet der Slogan «Aus Liebe zur Schweiz» für Sie?

Liebe ist zwar ein grosses Wort, aber dass ich die Schweiz gernhabe und mich auch für die Schweiz in meinem Umfeld mit meinen Möglichkeiten einsetze, ist für mich selbstverständlich.

Warum engagieren Sie sich in der FDP und nicht in einer anderen Partei?

Die FDP ist meine Partei, weil ich mich als Unternehmer gut vertreten fühle und weil auch viele Gleichgesinnte in der Partei mitarbeiten. Die FDP verkörpert den gewerblichen Mittelstand, also Leute, die gewohnt sind, sich für etwas einzusetzen, ohne immer nur den eigenen Vorteil zu suchen.

sprüche hoch bleiben werden, ist es unumgänglich, gute Mitarbeiter zu halten und eine gute Lehrlingsausbildung anzubieten.

Wohin muss sich unser Land entwickeln?

Unser Land muss sich weiterentwickeln, um nach wie vor zur Elite zu gehören. Was wir sicher gebrauchen könnten, wäre mehr Mut und Selbstvertrauen. Bescheidenheit ist gut, man kann es aber auch übertreiben. Unterwürfigkeit gegenüber andern Staaten ist meiner Meinung nach völlig fehl am Platz.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft persönlich und für die FDP?

Ich nähere mich langsam einem Alter, wo man sich Gedanken um die eigene Gesundheit macht, zudem wünsche ich mir ab und zu mehr Zeit für mich selbst, ansonsten bin ich aber recht zufrieden. Für die FDP wünsche ich mir im Kanton Schwyz wieder eine gute Vertretung in Bern und für die FDP Schweiz mit 20 Prozent Wähleranteil den Erfolg, den wir verdienen.



Kurt Isenschmid

... führt seit 1984 die Isenschmid AG und fokussiert das Unternehmen auf die Tätigkeitsbereiche Heizungen, Apparatebau und Metallbau. Die Isenschmid AG beschäftigt über 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und bildet jedes Jahr auch Lehrlinge aus.

Kurt Isenschmid ist ausserdem Ortsparteipräsident der *FDP. Die Liberalen Küssnacht* und Mitglied der gemeindlichen Bildungskommission.

FDP tv

Erleben Sie die FDP in Bild und Ton

Haben Sie sich auch schon gewünscht, die Positionen der *FDP.Die Liberalen* nicht bloss in einem Positionspapier oder einer Medienmitteilung zu lesen, sondern auch in Bild und Ton zu erleben? Eine neue Dienstleistung der FDP macht es möglich.

Seit Anfang März finden Sie auf unserer Website regelmässig Video-Interviews mit Politikerinnen und Politikern zu aktuellen Themen. Fraktionspräsidentin Gabi Huber und Nationalrätin Christa Markwalder erklären zum Beispiel, was die FDP gegen exzessive Boni unternimmt und warum eine Bonussteuer das falsche Instrument ist. Nationalrat und Vize-Präsident der *FDP.Die Liberalen* Markus Hutter sagt, warum der IWF-Kredit klar im Interesse der Schweiz ist. Zudem finden sich auch Beiträge zu aktuellen Anlässen, wie etwa der Aktion

der FDP Frauen zusammen mit Bundesrat Schneider-Ammann anlässlich des Internationalen Tags der Frau auf dem Bundesplatz.

Durch diese direkten, prägnanten und kurzen Aussagen lassen sich die Positionen unserer Partei auf eine innovative Art und Weise verdeutlichen. Sie als Benutzerin oder Benutzer haben nebst den Medienmitteilungen eine zusätzliche, attraktive Variante, sich innerhalb von Sekunden über konkrete Themen informieren. Sie sehen ein Gesicht und hören eine Stimme hinter den Entscheiden, welche die



Die «fliegenden Reporter» für FDPtv: Luzius Müller (hinten) und Martin Stucki.

Schweiz beschäftigen. Zudem erhalten Sie interessante Einblicke in die Arbeit im Bundeshaus.

Diese Dienstleistung wird von der Kommunikationsabteilung des Generalsekretariats für Sie erbracht. In den nächsten Monaten werden wir das Angebot stark ausbauen, sodass Sie bald zu jeder grösseren Thematik einen Beitrag finden. Geplant sind auch kurze Zusammenfassungen von Sessio- nen in Videoform. Und schliesslich werden wir Video-Nachrichten exklusiv für unsere Mitglieder erstellen.

Sie sind eingeladen, den neuen Service zu nutzen und sich regelmässig über die nationale Politik aus liberaler Sicht zu informieren.

**Schalten Sie sich ein –
aus Liebe zur Schweiz
www.fdp.ch/fdptv**

Energieversorgung

«Wir wollen realistische Alternativen prüfen»

Nach den schweren Unfällen in einem japanischen Kernkraftwerk zeichnet sich ab, dass der Ersatz bestehender KKW in der Schweiz kaum noch mehrheitsfähig ist. Der FDP-Parteivorstand beschloss deshalb, alternative Energiestrategien zu prüfen. Präsident Fulvio Pelli äussert sich dazu im untenstehenden Interview, das in der Neuen Zürcher Zeitung vom 18. März erschien.

Die FDP stand bisher klar zur Atomenergie. Jetzt wird plötzlich der Ausstieg spruchreif. Weshalb?

Fulvio Pelli: Wir haben nicht den Ausstieg aus der Atomenergie vorgeschlagen. Wir haben nur von der neuen Lage Kenntnis genommen. Die Verfahren, die zur Erneuerung der Atomkraftwerke führen, sind kaum noch mehrheitsfähig. Deshalb müssen wir uns fragen, wie jene 40 Prozent der Stromversorgung, die heute durch Kernkraft erzeugt werden, dereinst gedeckt werden können.

Hält die FDP trotz der Einschätzung bezüglich Stimmung im Volk an ihrem prinzipiellen Ja zur Atomstrom fest?

Uns geht es um die Praxis, nicht um die Theorie. Die FDP hat bisher den Standpunkt vertreten, dass die einfachste, billigste und grundsätzlich auch sichere Option zwei neue Kernkraftwerke der neuen Generation wären. Aber jetzt ist in Japan ein Kraftwerk ausser Kontrolle geraten. Das hätten wir nie für möglich gehalten. Realistischerweise ist nach dieser Katastrophe ein Konsens für den Neubau von Kernkraftwerken nicht mehr gegeben. Ich bin aber überzeugt, dass unsere bisherigen Atomwerke weiterbetrieben werden können.

Ist die energiepolitische Kurskorrektur der FDP wahltaktisch motiviert?

Jedes Mal, wenn wir uns neu positionieren, höre ich diese Interpretation. Die FDP ist bekannt als Partei, die sachbezogen arbeitet. Wir konstatieren, dass der Weg, den wir bevorzugt haben, nicht mehr gangbar ist. Deshalb müssen wir jetzt sachlich Alternativen prüfen.

Wo bestehen noch Differenzen zwischen FDP und rot-grüner Seite?



Fulvio Pelli

Wir wollen keinen kurzfristigen Ausstieg aus der Atomkraft. Wir wollen realistische Alternativen prüfen. Zudem gehe ich davon aus, dass bei der Umsetzung des künftigen energiepolitischen Wegs Differenzen sichtbar werden. Bei der Frage der besseren Energieeffizienz setzen wir auf liberale Ansätze. Bürokratische Hürden ver-

hindern teilweise, dass Projekte für erneuerbare Energie umgesetzt werden können. Hier schneidet sich die Linke ins eigene Fleisch.

Der FDP-Vorstand ist vorgeprescht. Wann werden sich Ihre Delegierten zur Kurskorrektur äussern können?

Wir werden jetzt zunächst parteiintern

und auch mit aussenstehenden Experten die neue Sachlage und die Konsequenzen für die Energieversorgung prüfen. Denkbar ist, dass wir im Juni den Delegierten einen ersten Massnahmenkatalog zum Thema Entbürokratisierung von Bewilligungsverfahren unterbreiten können.

Die FDP wird ihre Position in der Atomfrage also noch vor den Wahlen klären?

Klar ist, dass wir unsere Position klären wollen. Die Ereignisse in Japan verlangen eine Neuorientierung. Wie rasch dies geschieht, hängt nicht von den Wahlen ab.

Ist eine Zerreissprobe zwischen atomkritischen Umweltfreisinnigen und kernenergiefreundlichen Wirtschaftsliberalen programmiert?

Ich bin überzeugt, dass die FDP diese Diskussion führen kann, ohne dass es zum Streit kommt. Die Lage ist nach der Katastrophe in Japan für alle gleich.

Neue Energiestrategie

Für die FDP ist klar, dass die Atomkatastrophe in Japan zu einer Überprüfung der bundesrätlichen Energiestrategie führen muss, sofern unsere ursprüngliche Strategie mit Kernkraftwerken nicht mehr mehrheitsfähig ist. Und davon müssen wir heute ausgehen. Das hat Konsequenzen: Ohne neue Kernkraftwerke müssen mittelfristig, also bis 2050, 40 Prozent des heutigen Stromverbrauchs durch andere Energieträger und Effizienzmassnahmen ersetzt werden. Vor diesem Hintergrund hat die Parteileitung eine Arbeitsgruppe unter Führung der Natio-

nalräte Jacques Bourgeois und Filippo Leutenegger eingesetzt, in der Experten und Kantonalvertreter als erstes zuhanden der FDP das Potenzial alternativer Energieträger neu beurteilen sollen: insbesondere die zusätzlichen Potentiale von Wasserkraft, Pumpspeicherkraftwerken, Windenergie, Solarenergie, Biomasse, Geothermie, Wärme-Kraft-Kopplung und einer wesentlich effizienteren Energienutzung. Gleichzeitig soll auf der Zeitachse das Auslaufen der Stromversorgungsverträge mit dem Ausland berücksichtigt werden. Alternativszenarien sollen auf

Machbarkeit, Risiken für die Versorgungssicherheit, Kosten und Sicherheit der Energieerzeugung sowie die Auswirkungen auf die Konkurrenzfähigkeit des Standorts Schweiz überprüft werden. Im Fokus steht auch der CO₂-Ausstoss, für welchen das Parlament kürzlich gegen den Willen der FDP massive Reduktionen beschlossen hat, die nun wohl noch illusorischer werden. Eine entsprechender Vorstoss wurde zuhanden des Bundesrates in der Frühlingssession eingereicht.

Filippo Leutenegger Nationalrat

Ist unser Boot voll?

Philipp Müller, Nationalrat

Für die einen ist es übervoll. Für die anderen hat es grenzenlos Platz in der Schweiz. Für Dritte wiederum darf die Frage nach den Grenzen des Bevölkerungswachstums nicht einmal gestellt werden, weil man sofort befürchtet, in die Nähe von Fremdenfeindlichkeit und Isolationismus gestellt zu werden.

Das ist falsch! Diese Frage muss sich ein kleines, offenes und demokratisches Land stellen. Denn Einwanderung verunsichert, fordert heraus und schafft nebst Vorteilen auch Verlierer. Faktisch sind wir ein Einwanderungsland, obwohl wir es nie sein wollten. Obwohl wir es angesichts der räumlichen Enge auch gar nie sein können. Bisher beantworteten wir aber diese Frage weitgehend richtig: Kein anderes Land integriert Eingewanderte so gut wie die kleine Schweiz. Hier ist die Tellerwäscherkarriere möglich. Hier arbeiten sich die Kinder ausländischer Arbeiter zu wichtigen Führungspositionen hinauf. Auf unsere Integrationskraft sind wir stolz.

Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass wir bisher auch viele Fehler gemacht haben. Davon zeugt ein überdurchschnittlich hoher Anteil von ausländischen Tätern bei Kriminaldelikten. Um dies zu ändern, brauchen wir eine konsequentere Sanktionierung, einen besseren Strafvollzug und die konsequentere Durchsetzung unserer Gesetze.

Die Frage muss daher heute erneut gestellt werden. Steigendes Raum- und Mobilitätsbedürfnis der Einheimischen, Wohnungsnot, Zersiedelung und Engpässe in Zügen und auf Strassen. In der immer städtischeren Schweiz nimmt die soziale Kontrolle und damit auch die Bürgersicherheit ab. Die Qualität der Schulen macht Sorge. Mehr Jugendliche landen in der Sozialhilfe.

Nötig ist somit nicht nur eine intelligente Einwanderungspolitik. Sie beantwortet nur die Frage: Wer darf kommen? Nötig sind auch Regeln für unser Zusammenleben: Sie beantworten die Frage: Wer darf bleiben? Nötig



Harte, aber faire Regeln sind auch nötig für unser Zusammenleben.

sind zudem Antworten für die Sorgen der Bürger in Bereichen wie Bürgersicherheit, Infrastruktur, Wohnungsknappheit, Landschaftsschutz und Schule. Sie beantworten die Frage: Wie gestalten wir unsere Heimat? Antworten sind dringend, denn auf dem Spiel steht der nationale Zusammenhalt.

Gefordert ist eine Migrationspolitik im Interesse der Schweiz. Wer zum Erfolg, Wohlstand und Zusammenhalt unseres Landes beiträgt, ist willkommen.

Wer sich nicht an Gesetze und Regeln hält, verdient kein Gastrecht. Damit wird aus vergangenen Fehlern gelernt. Denn ob das Boot voll ist, hängt nicht nur von der Zahl der Einwohner ab. Genau so wichtig ist, dass alle zusammen und in die gleiche Richtung rudern, damit niemand das Boot leck schlägt.

Notwendig ist somit eine wohl-durchdachte Migrationspolitik. Handlungsbedarf ist gegeben. Daher hat die FDP ein ganz neues Positionspapier

entworfen, das der Delegiertenversammlung vom 12. Februar 2011 vorgelegt wurde (vgl. nächste Seite). Für eine pragmatische, an den Interessen der Schweiz ausgerichtete neue Migrationspolitik werden sich auch Mehrheiten finden. Die Schweiz ist unsere Heimat. Wir haben diese Heimat geschaffen. Ihr tragen wir Sorge. Das verlangt nach harten, aber fairen Regeln. Deren Einhaltung verlangen wir von allen: Schweizern und Ausländern – im Interesse unseres Landes!

FDP beschliesst Massnahmen zur Einwanderung – aus Liebe zur Schweiz

An der vergangenen DV zum Thema «Einwanderung» vom 12. Februar in Zürich nahmen 320 Delegierte teil. Es wurde heiss diskutiert, und zwar über das Massnahmenpapier «Einwanderung gezielt steuern zum Nutzen der Schweiz». Die Delegierten haben den bilateralen Weg bestätigt, welcher ein Erfolg ist: Wir sind auf Spezialisten und ausgebildete Fachkräfte angewiesen, auch dank ihnen funktioniert unsere Wirtschaft auch in Krisenzeiten hervorragend.

Die Migration aus Drittstaaten jedoch muss eingedämmt und strenger kontrolliert werden. Genauso verhält es sich mit dem Familiennachzug, welcher begrenzt werden muss. Gerade bei dieser Thematik bestehen noch viele undichte Stellen, was zu neuen Problemen führt wie beispielsweise Wohnungsnot und hohen Mieten. Die Delegierten haben sich mit ihrem Ja zum Massnahmenpapier für eine vernünftige Einwanderungspolitik entschieden, nach dem Motto «hart, aber

fair!». Die wichtigsten Entscheide der 320 Delegierten in Zürich sind:

Erfolgreiche Personenfreizügigkeit stärken – negative Begleiterscheinungen korrigieren:

- Parlament und Verwaltung sollen den FDP-6-Punkte-Massnahmenplan vom Dezember 2009 rasch umsetzen.
- Ohne Arbeitsplatz keine Einreise über das Personenfreizügigkeitsabkommen.
- Mehr Schweizer Spezialisten ausbilden.

Einwanderung aus Drittstaaten geschickt steuern:

- Familiennachzug durch schärfere Regeln beschränken.
- Anpassungen bei der Niederlassungsbewilligung für Personen, denen Asyl gewährt wird.
- Wer hier leben will, muss sich integrieren – die FDP fordert ein Rahmengesetz für Integration.

Rasche Verfahren und konsequente Umsetzung im Asylbereich:

- Asylverfahren müssen rascher entschieden und vollzogen werden.
- Rückschaffungen konsequent umsetzen und auf fehlende Zusammenarbeit reagieren.
- Verschärfte Strafbestimmungen im Ausländergesetz und intensivierter Kampf gegen Schlepper.

Herausforderungen der Einwanderung anpacken:

- Günstigeres und schnelleres Bauen statt teure Bürokratie – für mehr und günstigeren Wohnraum.

- Es braucht eine langfristige Infrastrukturstrategie unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung.

Vorgängig zur Delegiertenversammlung lief während des ganzen Monats Januar ein Online-Forum zum Massnahmenpapier. Unter www.einwanderung-steuern.ch konnten die Bürgerinnen und Bürger das neue Papier diskutieren und Vorschläge anbringen. Die Beiträge wurden regelmässig analysiert und sind anschliessend in das von den Delegierten in Zürich verabschiedete Papier eingeflossen.

Folgende Delegiertenversammlungen finden 2011 statt

Datum	Kanton	Thema
7. Mai 2011	Luzern	Rentenkollaps bekämpfen
25. Juni 2011	Visp	Absurde Bürokratie stoppen
27. August 2011	Lausanne	KMU stärken, Arbeitsplätze schaffen
1. Oktober 2011	Schwyz	Auftakt in die heisse Wahlkampf-Schlussphase



Auf dem Podium diskutierten u. a. Regierungsrätin Karin Keller-Sutter und Nationalrat Claude Ruey (Moderation Nationalrat Filippo Leutenegger).



Parteipräsident Fulvio Pelli machte klar: «Wir wollen weder Schlaraffenland noch Käseglöcke.»

Die FDP traf sich am 2. März zum Regierungsratstreffen

Bürokratieabbau, Unternehmenssteuerreform sowie Sicherheit, dies sind drei Themen, welche die Kantone beschäftigen und folglich auch am Regierungsratstreffen in Bern thematisiert wurden. Nebst wichtigen Informationen zu den Wahlen 2011 rundeten ein Apéro und ein anschliessender «Schlummerbecher» das Programm ab.

Rund 20 Regierungsrätinnen und Regierungsräte fanden den Weg nach Bern ins Restaurant zum Äusseren Stand. Nach dem Sessionsende fanden sich ausserdem einige Parlamentarierinnen und Parlamentarier ein.

Parteipräsident Fulvio Pelli zeigte in seinem Eingangsreferat deutlich auf, dass die FDP die stärkste Partei in den Kantonen ist und die nationale Fraktion am geschlossensten abstimmt.

Durch die Analyse der Ausgangslage und durch die Zielgruppenfestlegung konnte auch die Strategie bestimmt und erklärt werden.

Fraktionspräsidentin Gabi Huber konnte in ihrem anschliessenden Referat die Erfolge der Fraktion darlegen, um nur einige zu nennen: Bilaterale, Staatsvertrag Schweiz–USA, Abgeltungssteuer mit Deutschland und England, automatischer Ausgleich der kalten Progression, Fremdbetreuungsabzüge für Kinder, Schuldenbremse auf a.o. Ausgaben, 5. IV-Revision, ALV-Kompromiss und -Sanierung.



Regierungsräte und Parlamentarier hörten auf die Worte des Parteipräsidenten...

Der Generalsekretär Stefan Brupbacher beendete mit den Kernaussagen zum Wahlbarometer den Eingangsteil. Die FDP konnte bei den

letzten Umfragen 17,7 Prozent erreichen, und dies obwohl die SVP mit der Ausschaffungsinitiative in diesem Zeitraum im Mittelpunkt stand. Die FDP konnte ausserdem Neuwähler gewinnen, dies war in letzter Zeit nicht mehr der Fall. Das EU-Thema beschäftigt die Wählerinnen und Wähler. Dank dem klaren Entscheid an der Delegiertenversammlung in Herisau: Ja zum Bilateralen Weg – Nein zur EU, ist die FDP für 26 Prozent die glaubwürdigste Partei zu diesem Thema.

Danach erfolgten zu den drei Themen jeweils ein Eingangsreferat sowie eine Diskussion. Nationalrat Peter Malama führte in das Thema Bürokratieabbau ein. Es wurde klar, dass darauf geachtet werden muss, dass nicht aus einem jedem Einzelfall ein Gesetz gemacht wird. Im Anschluss fasste Nationalrat Christian Lüscher die

wichtigsten Punkte zur Sicherheitspolitik zusammen. Zum Abschluss erläuterte Ständerat Rolf Schweizer die Unternehmenssteuerreform, es gibt noch weiteren Diskussionsbedarf, und die Kantone werden dabei miteinbezogen.

Das diesjährige Regierungsratstreffen diente nebst dem inhaltlichen Input auch dem Austausch zwischen den Regierungsräten und den eidgenössischen Parlamentariern.



... und tauschten sich beim Apéro aus.

Ankündigung nationaler Sicherheitstag

Am Samstag, 21. Mai (ab 10.00 Uhr) findet der nationale Sicherheitstag in Bern statt. Weitere Informationen werden bald auf der Website www.fdp.ch ersichtlich sein.

Mobilität: Pendler nicht bestrafen

FDP. Die Liberalen engagiert sich für Pendler. In einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft ist hohe Mobilität der Arbeitnehmer ein unverzichtbarer Standortvorteil. Dem muss der Staat Rechnung tragen und darf sich nicht an rein fiskalischen Erwägungen orientieren. Denn die Folge wäre eine weitere Konzentration der Bevölkerung in den Ballungsräumen und eine entsprechende Abwanderung aus den strukturschwachen Regionen. Pendler tragen zur Stärkung ihrer Heimatregionen bei. Die Abwanderung von gut qualifizierten Beschäftigten schwächt dagegen die Region meist dauerhaft. Hinzu kommt, dass im Vergleich zum Wohnortwechsel Pendeln häufig die günstigere Alternative ist, um



die eigene Arbeitsmarktsituation zu verbessern. Ausserdem ist die Umzugsbereitschaft in der Schweiz in den letzten 30 Jahren drastisch zurückgegangen. Weiter pocht auch die Arbeitslosenversicherung auf Beweglichkeit. Eine Stelle, für die man täglich vier Stunden pendeln muss, gilt als zumutbar.

Die FDP ist sich bewusst, dass Mobilität auch Probleme schafft. Um diese zu lösen, muss die Mobilität nicht eingeschränkt, sondern sinnvoll ermöglicht werden. Die Lebensqualität steigt mit zuverlässigen Verkehrsnetzen. Die FDP-Verkehrspolitik beseitigt darum die Engpässe im Verkehrsnetz und stellt die Substanzerhaltung der Infrastrukturen sowie deren Finanzierung sicher.

Eckpunkte einer liberalen Politik für das 21. Jahrhundert

Gabi Huber,
Fraktionspräsidentin

In der Schweiz wurden die liberalen Prinzipien mit der Bundesverfassung von 1848 zur Staatsdoktrin, der erste Bundesrat setzte sich aus sieben Freisinnigen zusammen. Die freisinnig-liberalen Kräfte waren so stark, weil sie Antworten auf die wichtigen Fragen der damaligen Zeit hatten: Freiheit, Selbstverantwortung und Gerechtigkeit. Diese Grundwerte waren im 19. Jahrhundert aktuell und sind es noch heute. Wir haben die Tendenz, sie als selbstverständlich zu betrachten – aber sie sind es nicht! Sie müssen immer wieder erkämpft und vor allem eingebracht werden.

Heute erleben wir eine weltweite Verflechtung in allen Bereichen. Der technologische Fortschritt führt zu einer Verdichtung der globalen Beziehungen auf allen Ebenen, vom Individuum bis zum Staat. Druck von aussen und schwindender innerer Zusammenhalt gefährden aber die historisch gewachsenen Kompromisse. Liberale

Politik darf sich darum nicht nur in der Theorie auf die liberalen Werte besinnen, sondern muss die liberalen Werte leben. Es ist die Aufgabe jedes liberalen Politikers, bei der politischen Konsensfindung mit Mut und Verstand ein liberales Menschen- und Gesellschaftsbild einzubringen und zu vertreten.

Realistische Lösungen sind häufig Kompromisslösungen, sie sind darum aber nicht von vornherein zweitklassig. Auf dem Weg zu diesen Lösungen werden Liberale nämlich mit Widerstand von Populisten, Gutmenschen und Einzelinteressenvertretern konfrontiert. Deshalb sind Reformen schwierig. Trotzdem oder vielleicht gerade deswegen ist eine liberale Partei zwingend eine Reformpartei. Denn Liberalismus ist von Grund auf eine optimistische Weltanschauung: Liberale glauben an die Möglichkeit, in einer komplexen Welt vernünftige Lösungen zu finden und haben daher keine Angst vor Forschung oder Fortschritt durch die wirtschaftliche Globalisierung. Liberale haben den Mut

zur Chance, anstatt sich mit Risiken herauszureden.

Gerechtigkeit heisst nicht gleichmachen, sondern Chancen schaffen

Rechtsstaatliche Grundsätze wie die Gleichheit vor dem Gesetz, die Unabhängigkeit der Gerichte oder die Rechtsweggarantie gewähren Gerechtigkeit im engeren Sinne. Die liberale Forderung nach weniger Staat ist denn auch nicht als Absage an den Rechtsstaat zu verstehen. Vielmehr ist die Sorge um die Institutionen sogar die wichtigste Aufgabe einer Partei liberaler Gesinnung: Ein Liberaler will keine übermässige Ausweitung der Staatsaufgaben, weil er auf das Individuum und dessen Intelligenz vertraut.

Heute wird vor allem über die Gerechtigkeit von Verteilungen gestritten, also darum, wer gerechterweise wie viel vom Kuchen abbekommt. Der Ruf nach Gerechtigkeit ist zu einem Ruf nach dem Staat geworden, mehr materielle Güter zu verteilen. Für Liberale ist jedoch eine andere Art von Gerechtigkeit zentral: Gerechtigkeit

sollte sich nur auf Regeln und Ordnungen, nicht aber auf die Ergebnisse der Handlungen beziehen, die unter diesen Regeln ablaufen. Das Ziel der Gleichmacherei durch staatliche Umverteilung ist zutiefst ungerecht. Es nimmt den Menschen Chancen, es bestraft die Fleissigen und belohnt Trittbrettfahrer. Wirklich gerecht ist dagegen eine Ordnung, die den Menschen die Möglichkeit gibt, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.

Liberaler Eckpunkte: Freiheit, Selbstverantwortung, Gerechtigkeit

Die Eckpunkte einer liberalen Politik müssen also auch im 21. Jahrhundert die Werte Freiheit, Selbstverantwortung und Gerechtigkeit sein. Diese Werte müssen im politischen Entscheidungsfindungsprozess couragiert vertreten und eingebracht werden – selbst oder erst recht im Wissen darum, dass das Resultat ein Kompromiss mit unterschiedlich hohem liberalem Gehalt sein wird. Denn Liberale suchen unermüdlich nach besseren und gerechteren Lösungen für alle Lebensbereiche.

KMU-Forum: Wächterrolle stärken

Mit Hilfe der FDP-Initiative «Bürokratie-Stopp!» und einer Stärkung des KMU-Forum werden Voraussetzungen geschaffen, um die Regulierungskosten in den KMU wirkungsvoll zu senken.

Hans-Ulrich Bigler, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband, Mitglied FDP/Die Liberalen

Im Dezember 2009 hat das KMU-Forum des Bundes eine Studie über die Auswirkungen des neuen Revisionsrechts – es wurde 2008 eingeführt – veröffentlicht. Nur schon dieses neue Gesetz belastet die KMU mit zusätzlichen administrativen Kosten von rund 1 Milliarde Franken pro Jahr.

Die Studie kam viel zu spät. Werden die Auswirkungen einer Gesetzgebung erst hinterher festgestellt, erweist es sich als schwierig, zerbrochenes Geschirr zu flicken. Umso mehr, als man alle Register der Pädagogik ziehen muss, um den Abgeordneten die kostspieligen Sinnlosigkeiten eines Gesetzes näher zu bringen, das sie soeben angenommen haben ...

Schwache Position des KMU-Forums

Das Beispiel des neuen Revisionsrechts illustriert die Schwäche der Aktionen des KMU-Forums des Bundes perfekt. Seit 1998 untersucht dieser vom Bundesrat ins Leben gerufene Ausschuss von ausserparlamentarischen KMU-Expertinnen und -Experten die Regelungsfolgen aus Sicht der KMU und bedient das Parlament mit seinen Stellungnahmen. Aber leider wird seine Stimme in den hohen Sphären der Politik zu wenig gehört, und die Explosion der Regulierungskosten wird keineswegs gebremst.

Sogar der Landesregierung ist es nicht ganz wohl bei der zunehmenden



Hans-Ulrich Bigler

Gesetzesdichte. Auf rund 7 Milliarden Franken, so stellte der Bundesrat in seinem Bericht «Vereinfachung des unternehmerischen Alltags» von Januar 2006 fest, beliefen sich die jährlichen Kosten, welche die zahlreichen Regulierungen verursachen und unter welchen insbesondere die KMU verhältnismässig stark litten.

Doch die bundesrätliche Kostenschätzung ist mit Abstand viel zu tief.

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv schätzt als grösster Dachverband der Schweizer Wirtschaft die Regulierungskosten auf rund 50 Milliarden Franken, eine Zahl, die inzwischen auch vom SECO als plausibel erachtet wird.

Neue politische Instrumente einsetzen

Wenn das KMU-Forum seine Wäch-

terrolle zugunsten der KMU tatsächlich übernehmen will, muss es einen wahrhaften Kreuzzug führen gegen den Wirrwarr von Gesetzen, Beschlüssen und anderen Verordnungen, die den KMU das Leben immer weiter erschweren. Dies muss in erster Linie durch eine Intervention vor dem Gesetzgebungsprozess geschehen, also bereits während der Ausarbeitung von neuen Gesetzen und Beschlüssen.

Deshalb muss das KMU-Forum in Form einer verwaltungsunabhängigen KMU-Regulierungskontrollinstanz aufgewertet werden. Dies erfordert neu die Kompetenz, im Rahmen der Vernehmlassungen eine systematische Messung der gesamten Regulierungskosten vorzunehmen. Wenn die Resultate zeigen, dass ein neuer Gesetzes- oder Verordnungsentwurf zusätzliche Regulierungskosten für KMU verursacht, muss das Forum zwingend das Projekt an die Verwaltung zur Überarbeitung zurückweisen können.

Eine einfache Verordnungsanpassung

Möglichst tiefe Regulierungskosten sind neben einem attraktiven Steuersystem und gesunden öffentlichen Finanzen die wohl wichtigste Voraussetzung zur Schaffung von KMU-freundlichen Rahmenbedingungen. Der Handlungsbedarf ist ausgewiesen, die vorstehenden Forderungen können allesamt durch eine einfache Änderung der entsprechenden Verordnung realisiert werden – der Bundesrat ist damit zum Handeln aufgerufen.

FDP
Die Liberalen

Konsequent für KMU. Aus Liebe zur Schweiz.

FDP: 1. Rang beim KMU-Rating des sgv!

www.fdp.ch

Unterstützen Sie unsere Politik mit einer Spende auf PC-Konto 30-5503-0: www.fdp.ch/spenden

FDP
wählen.
Aus Liebe zur
Schweiz.

«Haben vor die Gestelle Rollladen montiert»

Susanna Gubelmann ist die Betreiberin der BP-Tankstelle in Wiedikon. Letztes Jahr wurde sie dafür gebüsst, dass sie sich nicht an das Sonntagsladenöffnungsgesetz gehalten hat.

Susanna Gubelmann weigerte sich, die Busse von 780 Franken zu bezahlen, und wäre lieber ins Gefängnis gegangen. Sie hat gegen die Busse Rekurs eingelegt. Für den Fall, dass dieser Rekurs abgelehnt würde, hat sich die FDP dazu bereit erklärt, die Busse zu übernehmen. Ausserdem hat sie vor dem Bundesverwaltungsgericht und dem Bundesgericht dagegen geklagt, dass ihre Verkäuferinnen und Verkäufer keine Bewilligung für die Nacharbeit bekommen, hat aber letztes Jahr verloren. Jetzt darf nur noch ein beschränktes Sortiment verkauft werden.

Wie ist der derzeitige Stand der Dinge?

Wir haben gegen die Busse Rekurs eingeleitet und haben seither nichts mehr gehört. Ich bin also weder im Gefängnis gewesen noch habe ich oder die FDP die Busse bezahlt.

Die Schweiz hat eine grosse Tradition beim Kampf für die Freiheit. Sie haben sich sozusagen gegen Bürokratie geopfert. Sehen Sie sich als Freiheitskämpferin und Vorreiterin im Kampf gegen Bürokratie?

Ich fühle mich nicht als Freiheitskämpferin oder Vorreiterin, ich finde, dass man die Ladenöffnungszeiten liberalisieren sollte. Der Markt spielt und reguliert. D.h. niemand wird gezwungen, das Geschäft zu öffnen, wenn er nicht will, soll aber können. Der Standort muss stimmen, die Kunden muss man haben usw. All das weiss man als Unternehmer und sollte selber entscheiden können. Das Arbeitsgesetz muss sowieso eingehalten werden, unser Personal arbeitet nicht mehr Stunden als normal, und die Nachtarbeitsstunden werden mit einem Zuschlag vergütet.

In der Zwischenzeit ist auch politisch einiges gegangen im Bereich der Tankstellen-Bürokratie. Der Regierungsrat des Kantons Zürich hat beschlossen, die Initiative «Der Kun-



de ist König» der FDP ZH nicht zu unterstützen. Sind Sie enttäuscht, auf so wenig Verständnis bei der Kantonsregierung für Ihre Anliegen zu stossen? Wie sehen Sie die bürokratische Zukunft der Tankstellenshops?

Da wir noch keinen Bescheid erhalten haben betreffend der Busse resp. Rekurs, werden wir weiterhin am Sonntag alles verkaufen und abwarten. Nur in der Nacht, da halten wir uns an das Arbeitsgesetz, wir haben vor die Gestelle Rollladen montiert und schliessen um 1.00 Uhr die verbotenen Bereiche (davon sind übrigens auch Zeitschriften betroffen) und verkaufen nur das beschränkte Warensortiment.

Absurde Bürokratie-Beispiele

Immer wieder stossen wir auf unglaubliche Bürokratie-Beispiele. Untenstehend nennen wir nur einige, der Kampf gegen das Bürokratiemonster ist also dringend nötig. Machen Sie mit!

■ Im Sommer 2009 wollte Bundesrätin Widmer die externe Kinderbetreuung neu regeln mit einer Melde- und Bewilligungspflicht bei Verwandten und Freunden!

■ Seit April 2010 gibt es eine Kindersitzpflicht für Kinder, die kleiner als 150 cm sowie unter 12 Jahre alt sind. Das bedeutet, dass E- und F-Ju-

noren nicht an Auswärtsspiele mitfahren können, wenn sie keinen Kindersitz besitzen!

■ Es gibt über 120 000 Artikel Baurecht in der Schweiz: 26 Kantone, 26 Baurechte. Nicht einmal die Gebäudehöhe ist in allen Kantonen gleich geregelt.

■ Es gibt keinen Informationsaustausch zwischen den verschiedenen kantonalen AHV/IV/EO-Stellen: Ein Wochenaufenthalter, der in Zürich studiert und in Schwyz angemeldet ist und dort am Wochenende arbeitet, bekommt jedes Jahr eine Rechnung für den Mindestzahlungsbetrag für die AHV, obwohl er diesen in Schwyz einbezahlt hat. Er muss die Bestätigung nun in Schwyz anfordern, in Zürich einreichen, welche dann eine Rechnung über 0 Franken stellt.

■ Die kantonalen Strassenverkehrsämter erheben Gebühren für die Fahrzeug- und Führerausweise sowie die periodische Fahrzeugkontrolle. Jeder Kanton hat andere Gebühren für die gleiche Leistung, bis zu 70 Prozent Preisunterschied.

■ Kinder unter sieben Jahren sollen künftig nicht mehr ohne die Eltern ein Trotтинett, Rollschuhe, Inline-skates oder Kinderräder benutzen dürfen. Die Benützung sei zu gefährlich ohne Überwachung.



Bürokratieabbau-Plakat im Schaufenster: Hinweis, dass hier auf Grund staatlicher Bürokratie 25 Arbeitsplätze nicht geschaffen werden konnten und zirka 2 Millionen Franken Folgeinvestitionen verhindert wurden. Adaptiert bestellbar bei leitner@fdp.ch.

Aus Liebe zur Schweiz – für ein Land mit Zukunft

Aus Liebe zu ihrem Land demonstrieren die Menschen in weiten Teilen Nordafrikas für Freiheit, Arbeit, mehr Demokratie und soziale Verbesserungen. Getrieben werden sie nicht nur vom Drang nach Freiheit, sondern von sozialer Not und hoher Arbeitslosigkeit. Auch junge, gut ausgebildete und hoch qualifizierte Menschen haben kaum Chancen, eine adäquate Arbeitsstelle zu finden. Der Arbeitsmarkt hat mit dem steigenden Bildungsniveau nicht Schritt gehalten. Diesen Menschen gegenüber ist die Bevölkerung in der Schweiz privilegiert. Die Arbeitslosenrate ist vergleichsweise tief, die soziale Sicherheit und der Zugang zum Gesundheitswesen sind für alle garantiert, das Bildungsniveau ist hoch, und die Grundwerte Demokratie und Freiheit gehören zur Schweiz wie das weisse Kreuz auf rotem Grund.

Aus Liebe zur Schweiz gilt es diese Grundwerte und Errungenschaften nicht nur zu bewahren, sondern ständig weiterzuentwickeln, den soziokulturellen und wirtschaftlichen Veränderungen anzupassen zum Wohl sowohl des Individuums als auch der Gesellschaft insgesamt und kommender Generationen.

Aus Liebe zur Schweiz heisst also für die Grundwerte der Schweiz einzustehen und in allen Bereichen und auf allen Ebenen dafür zu kämpfen, dass uns Verlässlichkeit, Qualität, Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleiben. Es heisst aber auch, den Kampf in einem Klima von gegenseitigem Respekt, Dialogbereitschaft, Freiheit und Verantwortung zu führen gemäss unseren ureigenen FDP-liberalen Grundsätzen.

Für mich als Bildungsminister bedeutet dies, mich dafür einzusetzen, dass die Schweiz ihr hohes Niveau in Bildung und Forschung halten, weiterhin weltweit an der Spitze mithalten und der Konkurrenz standhalten kann. Wir müssen die Bildungspolitik konsequent auf die Zukunft ausrichten, wo nötig Verbesserungen herbeiführen und die Zusammenarbeit auf allen



Rollstuhlfahrerin Brigitta Häfliger aus Sursee freut sich über ein Autogramm von Bundesrat Didier Burkhalter.

Ebenen verstärken – zwischen der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft, zwischen Bund und Kantonen sowie international zwischen der Schweiz und der internationalen Staatengemeinschaft. Schritte auf diesem Weg sind das im Nationalrat hängige, revidierte Hochschulförderungsgesetz und die anstehende Totalrevision des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und Innovation.

Als Sozial- und Gesundheitsminister heisst es für mich, für stabile und gesunde Sozialversicherungen zu kämpfen, die AHV langfristig finanziell abzusichern, ein Gleichgewicht

zwischen Einnahmen und Ausgaben zu wahren, die eingeleiteten Reformen bei der Invalidenversicherung weiterzuführen und ihre Finanzen wieder ins Lot zu bringen. In der Gesundheitspolitik gilt es, die hohe Qualität und die Effizienz für die Zukunft sicherzustellen und – wo nötig – Verbesserungen anzubringen, aber auch die Kosten in den Griff zu bekommen. Der Weg ist noch lang, aber ein erster Schritt ist getan. 2010 zeigten die Kosten dämpfenden Massnahmen bei den Medikamenten und den Laboranalysen Wirkung, stiegen die Gesundheitskosten doch gegenüber dem Vorjahr lediglich

um 1,8 Prozent. Damit war die Kostensteigerung so tief wie seit langem nicht mehr.

Gehen wir den eingeschlagenen Weg konsequent weiter – aus Liebe zur Schweiz. Dafür braucht es, liebe Parteifreunde, den Einsatz von uns allen, zuhause, am Arbeitsplatz, in der Gemeinde, in der Lokal- und Kantonalpolitik oder im eidgenössischen Parlament.

Aus Liebe zur Schweiz – für die Zukunft der Schweiz. Packen wir es an!
Bundesrat Didier Burkhalter



Wildplakatierung

Bis Ende Oktober wollen wir präsent sein in der Schweiz. Die Schweiz soll «FDP-blau» werden!

Die Wählerinnen und Wähler müssen sehen, dass wir aktiv sind, und wissen, wofür wir stehen.

FDP.Die Liberalen wird mit einer Grundkampagne wichtige Plakatstellen abdecken können, doch dies reicht bei weitem nicht. Es liegt an den Kantons- und auch Ortsparteien sowie aber auch an jedem Einzelnen. Gemeinsam sind wir stark!

Oft ist es möglich, im Garten ein Plakat aufzustellen oder den Nachbarn anzufragen. Es kann an den verschiedensten Orten auf unsere Partei und unsere Kandidatinnen und Kandidaten hingewiesen werden.

Im Generalsekretariat kann ein Leitfaden mit den wichtigsten Tipps und Tricks rund um die Wildplakatierung bestellt werden. Gerne können wir Ihnen natürlich auch die Plakate mit unseren Slogans bereitstellen.

Ihr Engagement ist wichtig – aus Liebe zur Schweiz.



SRG-Wahlbarometer: FDP im Aufwind

- Die FDP erreichte 17,7 Prozent, und dies obwohl die SVP mit der Ausschaffungsinitiative im Mittelpunkt war. Der Gegenentwurf war richtig und wichtig.
- Der Entscheid für die Bilateralen und gegen den EU-Beitritt an der Delegiertenversammlung in Herisau war wichtig. Für 26 Prozent sind wir die glaubwürdigste Partei zu diesem Thema.
- Der FDP ist es gelungen, Neuwähler zu gewinnen, dies war in letzter Zeit nicht

mehr der Fall. Ausserdem sind die Verluste an die SVP gering.

- Das wichtigste Thema für die Wählerinnen und Wähler ist: Migration, Ausländer, Integration, Asyl. Durch die Delegiertenversammlung im Februar in Zürich haben wir uns hier klar positioniert. «Einwanderung: Hart, aber fair.»
- In den kommenden Monaten werden wir an den Delegiertenversammlungen die Positionen in unseren Kernthemen weiter festigen.

Unsere Slogans für den Wahlkampf 2011

FDP
Die Liberalen

**KMU stärken,
Arbeitsplätze
schaffen.
Aus Liebe zur
Schweiz.**

www.fdp.ch

FDP
Die Liberalen

**Rentenkollaps
bekämpfen.
Aus Liebe zur
Schweiz.**

www.fdp.ch

FDP
Die Liberalen



**Absurde Bürokratie
stoppen. Aus Liebe zur
Schweiz.**

www.fdp.ch

FDP
Die Liberalen

**Bilaterale Ja –
EU-Beitritt
Nein.
Aus Liebe
zur Schweiz.**

www.fdp.ch

FDP
Die Liberalen

**Einwanderung:
hart, aber fair.
Aus Liebe
zur Schweiz.**

www.fdp.ch

FDP
Die Liberalen

**Mehr Leistung
in der Schule.
Aus Liebe
zur Schweiz.**

www.fdp.ch

Der Wahlkampf ist eröffnet: Machen Sie mit!

Wir stehen vor einer Richtungswahl. Einer Wahl zwischen Blockade oder Fortschritt. Einer Wahl zwischen Polemik oder Verantwortung. Unsere FDP ist für diesen heissen Wahlherbst gut aufgestellt und vorbereitet. Wir kämpfen mit Mut und Verstand für mehr Arbeitsplätze, sichere Sozialwerke und weniger Bürokratie. **Aus Liebe zur Schweiz.**

Vincenzo Pedrazzini, Wahlkampfleiter

Am 17. Februar haben wir in einem Berner Jazzkeller den Medien unseren Wahlkampf vorgestellt. Eine unkonventionelle Aktion, nicht nur wegen dem Ort. Im Mittelpunkt der Medienkonferenz standen für einmal nicht Parlamentarier, sondern die Leistungen und das Engagement unserer Mitglieder und Mandatsträger, die sich tagtäglich für die Gemeinschaft einsetzen und auf mannigfaltige Weise Verantwortung wahrnehmen.

Höhepunkt und Ausgangspunkt unserer Wahlkampagne ist denn auch unser kurzer Wahlkampfspot, welcher diesem Engagement Respekt zollt und den Wählern aufzeigt, wie sich FDP-

Exponenten einsetzen. Inhaltlich setzen wir auf die Themen «KMU stärken, Arbeitsplätze schaffen», «Rentenkollaps bekämpfen» sowie «absurde Bürokratie stoppen». Diese bewusste Beschränkung dient dazu, ein klares Profil zu bekommen.

Die Klammer in unserem Wahlkampf – in allen Kantonen und bei Themen und Personenkampagnen – bildet der Slogan: Aus Liebe zur Schweiz. Er beschreibt treffend und auf emotionale Weise, wieso die FDP mit Mut und Verstand die Herausforderungen der Zukunft angeht und nach echten Lösungen sucht. Wir grenzen uns damit klar ab von den beiden Extremparteien, die in ihrem Wahlkampf auf billige Polemik und Missgunst setzen.

Um 20 Prozent Wähleranteil zu erreichen, haben wir eine klare Strategie. Wir positionieren uns als die einzige bürgerliche Kraft, welche dank dem Willen zu echter Verantwortung unser Erfolgsmodell Schweiz verteidigt, dessen Erfolg auf urliberalen Werten beruht. Dieses Erfolgsmodell wird zunehmend durch die beiden Extremparteien gefährdet. Die SP wird zunehmend radikaler, insbesondere durch ihr reaktives neues Parteiprogramm. Die SVP auf der anderen Seite verhindert mit ihrer blinden Abschottung einen bürgerlichen Schulterschluss gegen links. Noch gefährlicher wird es, wenn die beiden Extremparteien in einer unheiligen Allianz zusammenspannen. Diese Blockadepolitik führt zu einem riskanten Stillstand

und gefährdet Wohlstand und Arbeitsplätze. Mit ihrem unschweizerischen Verhalten vergiften sie das politische Klima und treten genau jene Schweizer Werte, welche unser Land erfolgreich gemacht haben, mit Füßen.

Am Wahltag muss sich jeder Wähler fragen, ob er die Extreme weiter stärken will und so Blockade und Stillstand weiter Vorschub leistet oder ob er ehrliche Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft will. Es geht um nichts Geringeres als um eine Richtungswahl.

Ich zähle in den kommenden Monaten auf Ihren Einsatz. Machen Sie mit! **Aus Liebe zur Schweiz.**

Mehr Informationen:
www.fdp.ch

Impressionen aus dem Wahlkampfilm



Jungfreisinnige fördern Jungpolitiker mit Erfolg

Nur 20 Parlamentarier in Bern sind unter 35 Jahre alt. Die junge Generation ist also noch immer völlig untervertreten, dagegen kämpfen die Jungfreisinnigen!

Mit dem Topshots-Programm verfolgen wir seit Jahren eine nachhaltige Nachwuchsförderung. Ziel des Programmes ist es, ambitionierte Jungfreisinnige, die auf FDP-Listen für die Nationalratswahlen kandidieren, zu unterstützen. Neben einem finanziellen Beitrag werden sie gezielt gefördert und vermarktet. Dieses Jahr sind 15 Politikerinnen und Politiker nach einem Bewerbungsverfahren ins Programm aufgenommen worden. Ein langjähriges politisches Engagement sowie klare freisinnige Visionen zeichnen die Topshots aus und machen sie zu perfekten Nationalrats-Anwärtern.

Unsere Topshots gehören in den Nationalrat, weil ...

Alexandra Thalhammer (BE)

«... ich dank meiner beruflichen Erfahrung auf der nationalen politischen Ebene über das nötige Rüstzeug verfüge und als junge Politikerin neue Ideen, Ansätze und Visionen mitbringe, um die Zukunft der Schweiz erfolgreich mitzugestalten.»

Brenda Mäder (TG)

«... ich für die persönlichen Freiheiten kämpfe, unabhängig politisiere und klare Visionen und Ziele formuliere – und diese ebenso klar verfolge.»

Christine Bobst (BE)

«... ich mich mit aller Kraft für eine sichere und freie Eidgenossenschaft und einen sozialen, aber schlanken Staat starkmachen will.»

Vincenz Rentsch (SG)

«... ich Schwung ins Haus bringe!»

Cédric Vollmar (LU)

«... ich neue und innovative Lösungen bei finanzspezifischen Problemstellungen erarbeiten kann und mich mit viel Engagement für die Interessen der Wähler einsetzen werde.»

Reto Wettstein (AG)

«... ich für eine offene, uneigennützig, unternehmerische Politik stehe, die Mehrwert schafft, ohne die Staatskasse zu belasten. Aus Liebe zur Schweiz!»

Manuel Mauch (AG)

«... es dort mehr Freiheitssinn und volkswirtschaftlichen Sachverstand braucht, um die Schweiz zu einem noch besseren Ort zu machen.»

Fabian Schnell (ZH)

«... tiefe Steuern, ein gesunder Staatshaushalt, wenig Bürokratie, das Primat der Selbstverantwortung oder das Prinzip der Subsidiarität für mich keine Worthülsen, die man «situationsbedingt» aussen vor lassen kann, sondern eine permanente Richtschnur sind.»

Lena Schneller (ZH)

kandidiert im Kanton Zürich.

Carola Etter-Gick (ZH)

«... ich meine Visionen für eine prosperierende Schweiz direkt nach Bern tragen und umsetzen will.»

Luca Urgese (BS)

«... die Freiheit im Parlament stark untervertreten ist.»

Dominik Tiedt (ZH)

«... ich erstens zukunftsgerichtet und mit viel Einsatz die Dinge kompetent anpacke, und zweitens repräsentiere ich als junger und dynamischer Politiker die nächste Generation.»

Titus Meier (AG)

«... ich als Vertreter der jüngeren Generation meinen Beitrag zum Erfolgsmodell Schweiz leisten will. Als Nationalrat will ich mich dafür einsetzen, dass der Staat für die Bürger da ist, aber nicht indem er sie bevormundet, sondern ihnen möglichst viel Freiheiten und Verantwortung überträgt.»

Philippe Nantermod (VS)

«Une Suisse moins frileuse et plus confiante en l'avenir.»

Christoph Schärer (SH)

«... ich als eidg. dipl. Wirtschaftsprüfer täglich sehe, dass mehr Gesetze nicht zu weniger Risiken und mehr Sicherheit führen.»

Die Jungfreisinnigen stellen sich vor

Wir setzen uns für die Freiheit ein – Freiheit für das Individuum, Gesellschaft, Wirtschaft, Medien und vieles mehr!

Wir rufen nicht ständig für die noch so kleinsten Probleme nach staatlichen Lösungen. Überregulierung, Subventionitis und Bevormundung durch den Staat lehnen die Jungfreisinnigen entschieden ab.

Die Jungfreisinnigen, das sind über 4000 politisch interessierte Personen, zwischen 15 und 35 Jahre jung. Wir setzen uns mit Herzblut für die jungfreisinnige Politik ein. Auf Bundesebene, in allen Landesteilen, 25 Kantonen und über 60 Dörfern, Städten und Bezirken sind wir mit Sektionen präsent und kämpfen für unsere Anliegen. Am jährlichen Kongress werden die Leitlinien der Politik festgelegt und der Vorstand

gewählt. Drei bis fünf Mal pro Jahr tagen die Delegierten und befinden über die aktuellen politischen Themen, fassen Parolen und lancieren Kampagnen.

Alles Weitere zur konsequent liberalen Politik der Jungfreisinnigen finden Sie unter www.jungfreisinnige.ch

Von der Lust an der Macht

Frauen sollen nach oben, sagen die einen. Sie wollen nicht, sagen die andern. Carolina Müller-Möhl (Müller-Möhl Group), Katja Gentinetta (Publizistin) und Carmen Walker Späh (Präsidentin *FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz*) diskutierten unter der Leitung von Christina Neuhaus, NZZ, im Zürcher Hotel Glockenhof.

Claudine Esseiva, Generalsekretärin FDP.Die Liberalen Frauen

Die Tatsachen sprechen im Jahr 2011 für sich: nur 3 Prozent Frauen in den Verwaltungsräten, lediglich 5 Prozent Frauen als CEOs und 19,3 Prozent Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen, davon sind 8 Prozent nicht erklärbar (Quelle: SGV). Teilweise sind die Unterschiede den Frauen selber zuzuschreiben, ihre Studienwahl ist nicht immer ökonomisch optimal.

Ein wesentlicher Teil der ungerechten Lohn- und Aufstiegschancen ist jedoch systembedingt.

Die Frauen werden ungeduldig, weitere Jahrzehnte werden sie nicht auf die Gleichstellung warten. Carmen Walker Späh stellt fest: «Macht ist männlich geprägt und seit Jahrhunderten gelebt. Es ist höchste Zeit für einen Paradigmenwechsel und ein neues Bewusstsein in den Teppichetagen.» Dass es zu wenige qualifizierte und willige Frauen gäbe, treffe nicht zu.

Gender Diversity bringt Erfolg

Die gläserne Decke hat noch fast keine Sprünge, obwohl gemischte Teams der Wirtschaft nachweislich mehr Innovation und Erfolg bringen. Carolina Müller-Möhl zeigt mit eindrücklichen Zahlen auf, dass die Wirtschaft die weiblichen Fachkräfte braucht: «Die neuste Studie von McKinsey Women Matter 2010 zeigt klar auf: Unternehmen mit besonders vielen Frauen in Führungsgremien haben eine 41 Prozent höhere Eigenkapitalrendite als jene, welche

ausschliesslich von Männern geleitet werden, 60 Prozent aller Wirtschaftsstudienabgänger in Deutschland sind Frauen, und bis 2020 werden in unserem nördlichen Nachbarland schätzungsweise 2 Millionen Fachkräfte fehlen. Die Wirtschaft braucht die Frauen!» Frau Gentinetta fährt fort: «Diese Zahlen zeigen eindeutig, dass mehr Frauen auf Führungsebenen den wirtschaftlichen Erfolg positiv beeinflussen. Die Wirtschaft muss jetzt aufwachen und handeln!»

Lasst uns in die Teppichetage – sonst brauchts Quoten!

FDP-Frauen fordern mehr Frauen in Führungspositionen

Nach 40 Jahren Frauenstimmrecht liegt der Anteil der Frauen im Top-Management gemäss «Tages-Anzeiger» bei 7 Prozent. Gefühlt sind es noch weniger.

Claudine Esseiva, Generalsekretärin FDP.Die Liberalen Frauen

Als Liberale lieben die FDP-Frauen die Freiwilligkeit, doch die Entwicklung ist derart undynamisch, dass die Frauenquote salonfähig wird. Die FDP-Frauen fordern in einem Brief die CEOs der 400 grössten Schweizer

Unternehmen auf, Frauen bis ins hohe Kader zu fördern und vermehrt auf gemischte Teams zu setzen. Dem Brief beigelegt ist ein Teppichstück mit dem Hinweis «Lasst uns in die Teppichetage – sonst brauchts Quoten!».

Symbolisch übergab Carmen Walker Späh zusammen mit den Nationalrätinnen Christa Markwalder, Corina



Eichenberger und Sylvie Perrinjaquet Bundesrat Schneider-Ammann, als politischen Vertreter der Schweizer Wirtschaft, ein Teppichstück. Bundesrat Schneider-Ammann zeigt mit seinem Stab vorbildlich, dass gemischte Teams bis in hohe Kader auch in der Verwaltung möglich sind.

Für die Unternehmen liegen die Vorteile von gemischten Teams auf der Hand:

- Gemischte Teams entwickeln Produkte, die sich besser verkaufen.
 - Gemischte Teams treffen die Tonalität der Zielgruppen.
 - Je offener die Unternehmenskultur, desto leichter die Rekrutierung von Fachkräften.
- Gemischte Teams sind keine Frage der Barmherzigkeit, sondern eine Frage der Geschäftstüchtigkeit. Diversity zahlt sich aus.

Die FDP-Frauen stellen sich vor

Die FDP-Frauen setzen sich für Chancengerechtigkeit in allen Belangen ein. Jede und jeder soll die Möglichkeit haben, sein Leben frei und sicher zu gestalten. Pointiert, direkt und entschieden vertreten wir Frauenanliegen sowie die Werte der liberalen Gesellschaft. Die FDP-Frauen sind überzeugt, dass sich gemischte Teams in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft für alle lohnen.

Die FDP-Frauen haben sich zum Ziel gesetzt, liberale Antworten und liberale Lösungen auf die sich stellenden gesellschaftlichen Herausforderungen zu liefern. **Unsere drei Kernthesen sind Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Sicherheit und Bildung.**

Viele weitere Informationen finden Sie unter www.fdp-frauen.ch, wir freuen uns über Ihren Besuch!

Die FDP.Die Liberalen Service Public stellt sich der Schweiz vor

Die FDP.Die Liberalen Service Public nimmt die Gelegenheit, sich in der ganzen Schweiz bekannt zu machen, sehr gerne wahr. Viele liberal denkende Bundes-, Kantons- und Gemeindeangestellte kennen unsere «Vereinigung» leider noch nicht.

Beat Schlatter, Präsident
FDP.Die Liberalen Service Public

Wer ist die FDP Service Public? Welches sind unsere Ziele?

Die FDP Service Public ist ein Verein gemäss ZGB. Er steht der FDP.Die Liberalen nahe und geniesst innerhalb der Delegiertenversammlung respektive der Kantonalparteipräsidentenkonferenz den Status einer Kantonalpartei.

Wir bezwecken den Zusammenschluss freisinniger Angestellter der öffentlichen Dienste zur Pflege des liberalen Gedankengutes, zur Förderung der Kontakte zwischen der FDP und den Angestellten der öffentlichen Dienste.

Bei uns kann Mitglied werden, wer im öffentlichen Dienst steht oder gestanden hat und keiner andern Partei als der FDP angehört. Mit Datum der Generalversammlung vom 4. November 2010 haben wir unsere Statuten so angepasst, dass wir bis auf Stufe Gemeinde Mitglieder aufnehmen. Des-



halb ist eines unserer zukünftigen Tätigkeitsschwerpunkte, uns in den Kantonen und Gemeinden besser bekannt zu machen.

Unser Hauptziel ist es, mit der FDP Liberale Fraktion der eidgenössischen Räte in guter und gegenseitig gewinnbringender Verbindung zu stehen.

Ebenso wollen wir ein freisinniges und liberales Netzwerk innerhalb und ausserhalb der Verwaltung durch alle Hierarchiestufen und Funktionen bündeln und festigen.

Wir wollen die Interessen des Personals aller öffentlichen Dienste, sämtlicher Hierarchiestufen und Spar-

ten koordiniert wahrnehmen und dafür geeignete Rahmenbedingungen schaffen, die FDP-Interessen innerhalb der öffentlichen Verwaltung (Bund und Kantone) bündeln, verdichten und den Wissenstransfer in die eidgenössische Fraktion verbessern.

Wir streben eine breite Verankerung der freisinnigen Politik und deren Ziele innerhalb der Verwaltung an.

Unsere Ziele versuchen wir über diverse Veranstaltungen politischer wie auch weniger politischer Natur zu erreichen.

Möchten Sie Mitglied werden?

Sind Sie liberal denkend? Sind Sie eventuell sogar in einer FDP-Ortspartei? Arbeiten Sie im öffentlichen Dienst? Sind Sie an einer Mitgliedschaft interessiert? Rufen Sie Beat H. Schlatter an (Tel. 079 582 39 20) oder finden Sie unter www.fdp-servicepublic.ch das entsprechende Anmeldeformular.

Anzeige

Höhe Energiekosten?
Kein Badespass mehr?

Marlin: Ihr Schwimmbad-Modernisierer.

Alles über umfassende Pool-Modernisierung in Garten und Haus:
www.marlin.ch/modernisierung

Marlin AG · CH-6312 Steinhausen
Tel. 041 741 44 45 · service@marlin.ch

Veranstaltungskalender 2011

11. Mai 2011: [Anlass Service Public](#)

Referent: Dr. Jürg Stüssi-Lauterburg, Chef Bibliothek am Guisanplatz (ehem. Militärbibliothek), anschliessend Netzwerk-Apéro

8. Juni 2011: [Anlass Service Public](#)

Fraktionsausflug der eidgenössischen Fraktion

14. Juni 2011: [Anlass Service Public](#)

Referent: Bernard Guillelmon CEO BLS, anschliessend Netzwerk-Apéro

24. August 2011: [Boccia-Abend](#)

(gemäss separater Einladung)

13. September 2011: [Anlass Service Public](#)

Referent: Bundesrat Didier Burkhalter, anschliessend Netzwerk-Apéro

3. November 2011: [Generalversammlung](#)

anschliessend Netzwerk-Apéro

15. Dezember 2011: [Fraktionsessen](#)

Sprachrohr der 5. Schweiz – aber nicht nur

Als Partei der liberalen Schweizerinnen und Schweizer im Ausland setzen wir uns ein für die Anliegen der 5. Schweiz und vertreten ihre Interessen in Bundesbern. Genauso wichtig ist es uns, die langjährigen Erfahrungen und die Sicht unserer Mitglieder im Ausland in den politischen Diskurs einzubringen und so die Schweizer Politik mit der Aussensicht zu bereichern.

Unsere Mitglieder

Wir zählen Schweizer/-innen in 25 Ländern zu unseren Mitgliedern. Sie gehören zu den 700 000 Landsleuten, die zeitweise oder für immer im Ausland leben. Zudem stehen wir Personen offen, die aufgrund ihrer Herkunft oder Erfahrung einen internationalen Bezug zur Politik haben und die liberalen Werte vertreten.

Die Anliegen der 5. Schweiz

Als Dauerbrenner für unsere Landsleute im Ausland erweisen sich die folgenden Themen:

- E-Voting, damit die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen allen möglich wird.
- E-Government, damit sich der Aufwand im Behördenverkehr auf ein erträgliches Mass reduzieren lässt.
- Der Erhalt von Schweizer Revue und swissinfo und damit die kontinuierliche zielgruppenorientierte Information.
- Kein weiterer Abbau des diplomatischen und konsularischen Ausennetzes, damit die effiziente Betreuung im Ausland gewährleistet ist.

FDP.Die Liberalen International nutzt die direkten Kontakte ins Parlament, um diesen Forderungen mit Vorstössen und Postulaten zum Durchbruch zu verhelfen.

Ein globales Netzwerk ...

Zusätzlich zu regelmässigen Newslettern und Informationen auf unserer Webseite suchen wir interaktive Formen der Kommunikation. Sie finden uns auf Facebook (*FDP.The Liberals International*), und verschiedene Treffen mit lokalen Schweizer Vereinigungen im Ausland sind geplant. Die immer engere Vernetzung mit engagierten Personen im Ausland bringt uns den vertieften Dialog und die Auseinandersetzung mit Themen der internationalen Verflechtung der Schweiz.

... mit Schwerpunktthemen

Nebst den Auslandschweizer-spezifischen Anliegen haben wir uns denn auch für dieses Jahr dem Kernthema Migration verschrieben. Wie begegnen wir dem Trend der Abschottung und Isolierung, ohne gleich alle Schleusen zu öffnen? Beide Extreme sind verantwortungslos. Um den Alterungsprozess der Gesellschaft aufzufangen, brauchen wir Zuwanderung. Um dabei unseren Wohlstand aufrechtzuerhalten, muss sich diese aber nach den Bedürfnissen der Wirtschaft richten. Der Ausbau der Beziehungen zu den aufstrebenden Märkten ist eine weitere Voraussetzung zur Sicherung unserer Wettbewerbsfähigkeit. Als Vorstand lassen wir unsere Ideen dazu in die relevanten Arbeitsgruppen der Partei einfließen.

Ausblick auf die Parlamentswahlen

Die Idee eines «Auslandschweizer-Kantons» mit direkter Vertretung im Parlament ist zurzeit Utopie, und im heutigen System ist die Wahl eines Auslandschweizers in den Nationalrat unwahrscheinlich. Bei den Wahlen im Herbst verzichtet *FDP.Die Liberalen International* darauf, mit eigenen Listen anzutreten. Sie wird aber klare Wahlempfehlungen zu Kandidaten abgeben, die im Interesse der Auslandschweizer politisieren. Das ist der pragmatische Weg, der 5. Schweiz zum Recht zu verhelfen, erhört und in ihrer Bedeutung wahrgenommen zu werden.

FDP.Die Liberalen International
www.fdp-international.com



Wer ist die 5. Schweiz?

Was nach einer homogenen Gruppe tönt, ist in Tat und Wahrheit eine komplett gemischte Gesellschaft – vom Nachkommen eines ausgewanderten Bauern in dritter Generation über den Professor mit Lehrauftrag an einer renommierten Universität, vom NGO-Mitarbeiter über den Künstler, der in New York auf mehr Anerkennung hofft als daheim, vom Manager in einer Auslandsfiliale über den Praktikanten, der eben da erste Erfahrungen sammelt, vom Diplomaten und Konsul bis zum Rentner in Thailand.

Die rund 700 000 Schweizerinnen und

Schweizer, die ausserhalb der Landesgrenze und verteilt über den gesamten Globus leben, entsprechen der Bevölkerungszahl des fünftgrössten Kantons, und mit der Globalisierung und der Personenfreizügigkeit nimmt die Zahl der temporär im Ausland lebenden Schweizerinnen und Schweizer zu.

Gut 130 000 im Ausland lebende Schweizerinnen und Schweizer haben sich im Stimmregister ihres Heimatortes oder am letzten Wohnort eingetragen. Ihre Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen ist in der Regel höher als in der Schweiz.

FDP

Die Liberalen

**Bilaterale JA –
EU-Beitritt NEIN.**

**Aus Liebe
zur Schweiz.**

www.fdp.ch
